

Stellungnahme des **Vereins zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.** vom 27. Mai 2012

im Anhörungsverfahren zur Gedenkstättenkonzeption (Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam an die Stadtverordnetenversammlung 11/SVV/0947 vom 24.11.2011) und zur Frage der künftigen Trägerschaft der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“

1. Die Konzeption des Oberbürgermeisters für die Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ gilt der zukünftigen Arbeit dieser Gedenkstätte als eines Erinnerungsortes mit mehrfacher Vergangenheit. Wie bewerten Sie den in der Konzeption niedergelegten Auftrag, die Prämissen und die Zielsetzungen der Gedenkstätte?

Die in der Konzeption unter Punkt I dargestellten Prämissen und Zielstellungen für die Arbeit der Gedenkstätte finden unsere Zustimmung. Wir befürchten allerdings, dass sich mit der angestrebten Organisationsstruktur diese Zielstellung nicht oder nur teilweise erfüllen lassen.

2. Mit der Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zum Nationalsozialismus (voraussichtlich im Jahr 2013) wird die Neugestaltung der Gedenkstätte vorläufig abgeschlossen sein. In welchen Bereichen sehen Sie die zukünftigen Schwerpunkte der Gedenkstättenarbeit? Wo sehen Sie Defizite, welche Prioritäten sollten gesetzt werden?

Einer der Hauptstreitpunkte aus unserer Sicht ist das unzureichende Wissen über die tatsächliche Verstrickung der unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg durch die sowjetischen Streitkräfte und Sicherheitsorgane inhaftierten Personen in die NS-Herrschaft. Mit der Aufarbeitung dieses Themenbereiches könnte die Gedenkstätte zukünftigen Pauschalisierungen Vorschub leisten und ihre Unabhängigkeit tatsächlich unter Beweis stellen.

3. Welche Folgen hat nach Ihrer Ansicht der Verlust von Zeitzeugen für die Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie das Heranwachsen einer neuen Generation nach 1990 ohne eigene Diktaturerfahrung? Welche Konsequenzen sollte die Gedenkstättenarbeit daraus für die politisch-historische Bildungsarbeit ziehen?

Es ist dringend notwendig den Verlust der Zeitzeugen durch Sicherung von audiovisuellen Zeugnissen von Zeitzeugen zu sichern. Hier sollte der Schwerpunkt zunächst vorrangig auf die Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit gelegt werden.

4. Die Gedenkstätte Lindenstraße wird organisatorisch, personell und finanziell neu aufgestellt, wobei sich zukünftig die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Brandenburg die Kosten für den Betrieb teilen wollen. Voraussetzung dafür ist eine einvernehmliche Lösung der künftigen Trägerschaft zwischen Stadt und Land, die diese neue Kooperation abbildet. In der Vergangenheit (bis Ende 2011) war die Gedenkstätte dem Potsdam Museum verwaltungsmäßig zugeordnet; seit 1. Januar 2012 ist sie übergangsweise dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet. Um eine größtmögliche Selbständigkeit der Gedenkstätte zu erreichen, prüft der Oberbürgermeister derzeit Modelle einer kommunalen Stiftung als künftige Trägerform. Bitte nehmen Sie zu dieser Zielsetzung und den diesbezüglichen Überlegungen in der Gedenkstättenkonzeption Stellung und/oder schlagen Sie begründete alternative Möglichkeiten vor.

In den vorgestellten Trägerkonzeptionen wird deutlich, dass die politisch Verantwortlichen der Stadt Potsdam sich größtmöglichen Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung und Gestaltung der Gedenkstätte offen halten wollen. Aus unserer Sicht braucht die Gedenkstätte jedoch eine größtmögliche Unabhängigkeit, um ihre Arbeit wirklich objektiv und allen gerecht werdend leisten zu können.

Dies ist mit den vorgeschlagenen unselbstständigen Trägerformen nicht zu erreichen. Die Gedenkstättenarbeit würde zum Spielball der jeweils vorherrschenden politischen Kräfte in der Stadt oder würde sogar in vorauseilendem Gehorsam an diese angepasst. Diese Gedenkstätte repräsentiert das politische Geschehen des 20. Jahrhunderts wie kaum ein anderer Ort. Dabei gibt es unbequeme Wahrheiten für alle politischen Gruppen. Eine wirklich unabhängige Gedenkstätte sollte auch die Möglichkeit erhalten diese Wahrheiten darstellen zu können.

Im weiteren glauben wir, dass auch die dauerhafte Co-Finanzierung durch das Land Brandenburg bei der Entscheidung über die Trägerschaft eine Rolle spielen sollte.

5. Wie sollten Opfer- und Interessenverbände, wissenschaftliche und sonstige Institutionen zukünftig in die Strukturen der Gedenkstätte eingebunden werden? Welche Gruppen, Verbände und Vereine, Gedenkstätten und Museen, wissenschaftliche und sonstige Einrichtungen sollten in dem künftigen, voraussichtlich acht- bis zwölfstimmigen Beirat der Gedenkstätte vertreten sein?

Die bisher in der Auflistung dargestellten Verbände und Institutionen weisen ein deutliches Übergewicht zugunsten von Interessenvertretern der Opfergruppen nach 1945 auf. Daraus ergibt sich eine klare Dominanz, die tunlichst vermieden werden sollte. Bei der Auswahl der Vertretungen im Beirat sollte auf ein ausgewogenes Kräfteverhältnis geachtet werden.